



## Gunther Krichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371  
E-Mail: [gunther.krichbaum@bundestag.de](mailto:gunther.krichbaum@bundestag.de)  
[www.gunther-krichbaum.de](http://www.gunther-krichbaum.de)

# Berlin aktuell

## In der Krise spaltet die SPD die Gesellschaft

**Diese Sitzungswoche des Deutschen Bundestages steht noch ganz unter dem Eindruck des an diesem Sonntag von der SPD beschlossenen Programms für die Bundestagswahl im September. Mit diesem Programm zeigt die SPD einmal wieder, dass sie nichts übrig hat für Arbeitnehmer und Mittelstand. Sie offenbart sich einmal mehr als Steuererhöhungs- und Klientelpartei. Statt die Bezieher unterer und mittlerer Einkommen zu entlasten, setzt die SPD auf eine Spaltung der Gesellschaft.**

Mit Symbolik wie der Anhebung der „Reichensteuer“ oder dem Auszahlen eines Steuerbonus an Geringverdiener beweisen die Sozialdemokraten, dass sie sich von der Lösung der wirklichen Probleme in unserem Land verabschiedet haben. Für die einen soll die Steuer erhöht werden, andere brauchen noch nicht einmal eine Steuererklärung abzugeben. Und die mittleren Einkommenschichten gehen nach dem SPD-Modell ganz leer aus. Die Idee einer 300-Euro-Steuerrückerstattung bringt keine Entlastung für den Großteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wer eine Steuererklärung abgibt, weil er als Arbeitnehmer die Pendlerpauschale geltend machen oder als Ehrenamtlicher von der Übungsleiterpauschale profitieren möchte, hat vom Steuerbonus nichts. Ihm bietet das SPD-Wahlprogramm keine Entlastungsperspektive. Zudem führt der Steuerbonus zu keiner Vereinfachung des Steuerrechts, sondern sorgt im Gegenteil für neue bürokratische Belastungen.

Statt insbesondere der viel zahlenden Mitte mehr Freiraum zur Entfaltung zu geben, fällt die SPD in alte Klassenkampfparolen zurück. Die Anhebung der „Reichensteuer“ führt nur zu geringen Steuermehreinnahmen, belastet aber gerade mittelständische Betriebe

überproportional stark. Ausgerechnet das Rückgrat der deutschen Wirtschaft, auf das wir zur Bewältigung der Krise besonders angewiesen sind, wird damit von der SPD missbraucht, um sich als besonders sozial darzustellen. Dass der Mittelstand als wichtigster Arbeitgeber in Deutschland gerade in wirtschaftlich sehr schweren Zeiten der größte Unterstützer der Arbeitnehmer mit geringen und normalen Einkommen ist, passt den Sozialdemokraten nicht ins Konzept.

Hier wird der Unterschied zur Union sehr deutlich. Wir wollen die leistungsfeindlichen Wirkungen der „kalten Progression“ zurücknehmen und gerade die unteren und mittleren Einkommen entlasten. Das am Sonntag beschlossene Programm der SPD offenbart die gesamte Erschöpfung und Konzeptlosigkeit der Sozialdemokraten nach elf Jahren Regierungsbeteiligung: Noch vor wenigen Monaten hatte die SPD jegliche Steuersenkung als angeblich unsinnig und wirkungslos abgelehnt, nun erklärt sie Steuersenkungen für Wenige zum zentralen Bestandteil ihres Wahlprogramms, ohne die Steuerschätzung im Mai dieses Jahres abzuwarten. Während des gesamten letzten Jahres hat sich die SPD gegen die verfassungsrechtlich vorgeschriebene Anhebung der Kinderfreibeträge gewehrt, nun fordert sie gar die erneute Anhebung um weitere 200 Euro.

Mit ihrem Wahlprogramm stellt sich die SPD deutlich gegen die Ergebnisse ihrer eigenen elf-jährigen Regierungsbeteiligung und sie spaltet die Gesellschaft. Dazu passt auch, dass der DGB und die SPD-Präsidentenkandidatin Schwan in völlig unverantwortlicher Weise vor sozialen Unruhen warnen.

Für CDU und CSU ist klar: Wir werden alles dafür tun, um die Umsetzung des mittelstandsfeindlichen SPD-Wahlprogramms zu verhindern und mit aller Kraft für eine bürgerliche Mehrheit kämpfen.

### Berufsbildungsbericht 2009

Wer jetzt nicht ausbildet, darf sich später nicht über Fachkräftemangel beklagen. Schon 2008 blieben am Ende knapp 20.000 Lehrstellen offen. Für 2009 ist zwar wegen der Wirtschaftskrise zu erwarten, dass insgesamt weniger Lehrstellen angeboten werden. Allerdings gibt es gleichzeitig fast 37.000 Schulabgänger weniger. 2010 wird es nicht besser. Dann sinkt die Zahl der Schulabgänger um weitere 25.000. Gerade in der Krise sind daher Unternehmen gut beraten, die vorsorgen und ihre Ausbildungsanstrengungen nicht zurückfahren. Insgesamt ist der Berufsbildungsbericht 2009 eine Bestätigung unserer Ausbildungsmarktpolitik. Das Ausbildungsplatzangebot konnte ausgeweitet und die Zahl der unversorgten Bewerber spürbar reduziert werden. Dazu hat auch der Ausbildungspakt mit der Wirtschaft einen wichtigen Beitrag geleistet. Bislang wurde noch in jedem Jahr des Paktes die Zahl der zugesagten neuen Ausbildungsstellen eingehalten und sogar übertroffen. Der von der Linken geforderten Ausbildungsplatzabgaben bedurfte es dazu nicht.

### Volkszählung 2011 kommt

Deutschland braucht dringend eine neue Volkszählung. Wir wissen zwar genau, wie viel Rindviecher wir haben – aber wir haben keine Ahnung, wie viele Einwohner. Unsere Daten basieren auf Fortschreibungen der Ergebnisse der Volkszählungen von 1987 in der Bundesrepublik und 1981 in der ehemaligen DDR. Daher hat der Bundestag jetzt den Weg für die Volkszählung 2011 frei gemacht, bei der die weltweit modernsten Erhebungsmethoden angewandt werden. Daher wird der Zensus 2011 auch keine Vollbefragung. Wir werden nicht - wie 1987 - jeden Einwohner nach seinen Angaben fragen. Stattdessen werden zuallererst die bereits in Registern vorhandenen Daten mittels moderner IT-Technik ausgewertet, vor allem Melderegister und Register der Bundesagentur für Arbeit. Zusätzlich werden Informationen über die Gebäude und Wohnungen, die nicht flächendeckend durch die Verwaltung erfasst sind, per Post bei den Gebäude- und Wohnungseigentümern erhoben. Diese so gewonnenen Daten werden mit den in einer Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis erhobenen Daten abgeglichen. Dabei handelt es sich um Fragen insbesondere zur Bildung und Ausbildung oder über die Erwerbstätigkeit. Diese werden aber nur bei

einem kleinen Teil der Einwohnerinnen und Einwohner in Form repräsentativer Stichproben erhoben. Geplant ist dabei, rund 10 Prozent der Gesamtbevölkerung in diese ergänzende Befragung einzubeziehen, um verlässliche Zensusergebnisse mit hoher Qualität sicherzustellen. Dabei hat sich die Union mit ihrer Forderung durchgesetzt, auch die Merkmale „Religionszugehörigkeit“ und „Migrationshintergrund“ zu erfassen, um auch bei diesen Kategorien verlässliche Zahlen zu erhalten.

### Verbraucher werden mit Kunstkäse getäuscht

Vielen Verbraucherinnen und Verbrauchern ist überhaupt nicht bewusst, dass das, was sich z. B. auf der Pizza befindet, oft gar kein Käse aus Milch ist. Vielmehr verwendet die Lebensmittelindustrie oft ein Gemisch aus Pflanzenfett, Wasser, Eiweißpulver und Geschmacksverstärkern, das nichts mit Käse aus Milch gemein hat, außer einer - künstlich erzielten - geschmacklichen und optischen Ähnlichkeit. Wir fordern die Unternehmen der Lebensmittelindustrie und der Gastronomie auf, den zunehmenden Einsatz von Kunstkäse in Pizzen, Aufläufen oder Käsebrötchen zu beenden und zur traditionellen Zutat Käse aus Milch zurückzukehren. Damit könnten sie einen Beitrag zur Erhaltung einer leistungsfähigen heimischen Milchwirtschaft leisten. Zugleich müssen die Länder im Rahmen der Lebensmittelkontrolle intensiv prüfen, ob die Vorschriften der Lebensmittelkennzeichnung bei der Verwendung von Kunstkäse eingehalten werden. Wenn kein Käse aus Milch verwendet wurde, darf auch nicht der Eindruck erweckt werden, dass Milch verwendet wurde. Alles andere ist nicht erlaubt und ist Verbrauchertäuschung.

### Bericht des Wehrbeauftragten

In seinem in dieser Woche vorgestellten Jahresbericht 2008 macht der Wehrbeauftragte Vorschläge zur Verbesserung und Weiterentwicklung von Ausrüstung, Ausbildung, Einsatzfähigkeit und Innerer Führung. Der Bericht befasst sich diesmal im Schwerpunkt mit der Ausstattung der Truppe und dem Sanitätsdienst. Der Wehrbeauftragte weist anlässlich des 60. Geburtstags der Bundesrepublik darauf hin, dass diese längste Friedensperiode in der deutschen Geschichte auch deshalb möglich war, weil die Soldatinnen und Soldaten unserer Bundeswehr diese Demokratie gesichert haben.